

Die wahren Gefahren des Brexit

von Andreas Mayert

Nun ist es tatsächlich so gekommen: Großbritannien und Nordirland werden die Europäische Union verlassen. In den ersten Reaktionen auf diesen Schritt wurden hauptsächlich die wirtschaftlichen Folgen diskutiert. Hier stellen sich zweifellos wichtige Fragen, allerdings keine sonderlich interessanten. Denn selten zuvor ließ sich unter britischen und europäischen Ökonomen ein so eindeutiger Konsens beobachten: Der Brexit wird sowohl Großbritannien als auch Europa schaden. Wie groß wird dieser Schaden sein?

Diese Frage lässt sich aktuell nicht seriös beantworten, denn noch kennt niemand die Ergebnisse der nun folgenden Verhandlungen. Nur soviel kann gesagt werden: Die wirtschaftlichen Schäden werden nicht unerheblich, aber auch nicht apokalyptisch sein. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach viel geringer ausfallen als die massiven Schäden, die die verfehlte EU-Krisenpolitik in den südlichen Krisenstaaten und mittlerweile auch in Finnland und den Niederlanden angerichtet hat. Mit anderen Worten: Die wirtschaftlichen Verwerfungen sind nicht das wichtigste Problem.

Weit entscheidender wird sein, mit welchem politischen Fallout in den nächsten Monaten zu rechnen sein wird. Schon die ersten Reaktionen der rechtspopulistischen Parteien Europas lassen nichts Gutes vermuten. Umso wichtiger ist, dass die EU es nun schafft, endlich einmal wieder mit einer Stimme zu sprechen und in diesem Zuge ihr bisheriges Krisennarrativ überdenkt. Denn sie hat bislang den gleichen Fehler begangen, der David Cameron Abstimmung und Amt gekostet hat. Cameron dachte, er könnte die EU-Gegner überzeugen, indem er auf der einen Seite für einen Verbleib in der EU warb, auf der anderen Seite aber fortgesetzt deren Missstände und Dysfunktionalitäten beklagte und alles dafür tat, einen Grundstein der Europäischen Union, die Personenfreizügigkeit, zu diskreditieren. Seine Argumente waren daher von Beginn an widersprüchlich und entsprechend wenig überzeugend.

Und die restliche EU? Auch sie hat sich seit Jahren einem schizophrenen Krisennarrativ verschrieben. Während man alles dafür tat, die von der Schuldenkrise betroffenen Staaten vor einem finanziellen Kollaps zu bewahren, nährte man im eigenen Land (zur Beruhigung der Wähler) Vorurteile gegenüber den Bürgern der Krisenstaaten und kombinierte die richtige Rettungspolitik mit drakonischen und kontraproduktiven Spardiktaten. Während man auf der einen Seite alles für einen Verbleib aller EU-Staaten in der Gemeinschaft tat, diskreditierte man gewählte Regierungen und behandelte ihre Vertreter wie inkompetente Emporkömmlinge. Während die europäischen Institutionen alles dafür taten, den Laden zusammenzuhalten, überzog man vor allem die Europäische Zentralbank mit verschwörungstheoretischen Verdächtigungen. Man stellte ihr Mandat infrage und machte sie, am absoluten Tiefpunkt der Diskussion angelangt, für das Erstarken der rechtspopulistischen Parteien Europas verantwortlich. Wenn man sich einen Masterplan hätte ausdenken wollen, das Vertrauen der Unionsbürger untereinander, in transparente und zu respektierende demokratische Entscheidungen und in dem europäischen Gemeinwohl verpflichtete Institutionen zu untergraben, besser hätte man es nicht machen können.

Ein neues Narrativ muss die Solidarität der europäischen Völker in den Mittelpunkt stellen, zu der es keine Alternative gibt. Und diese Solidarität muss auch beinhalten, dass Staaten, die mit ihrer Entscheidung explizit gegen eine gesamteuropäische Solidargemeinschaft gestimmt haben, nun keinen Freifahrtschein erhalten dürfen. Einen aufgeweichten Zugang zum europäischen Binnenmarkt darf es für Großbritannien nicht geben. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, keine Straffaktion.

Alles andere würde jenen in die Hände spielen, die einen historischen Rückschritt hin zu einem anderen, einem völkischen Europa der Vaterländer wollen – vermutlich, weil das in der bisherigen europäischen Geschichte so hervorragend geklappt hat.

Ist das eine Übertreibung? Wohl kaum, wenn man sich die unverhohlene Freude der neuen rechtspopulistischen Parteien Europas über die Brexit-Entscheidung ansieht. Deren Vertreter sehen jetzt nicht nur die Chance für Volksabstimmungen über den Verbleib ihrer Länder in der EU gekommen. Sie fordern darüber hinaus ein Ende all der zivilisatorischen Fortschritte, für die das geeinte Europa trotz seiner Mängel steht: Toleranz, Diversität, Pluralismus, Bekenntnisfreiheit und Humanität. Sie verachten nicht nur ein solidarisches Europa, sie verachten alle emanzipatorischen Errungenschaften der letzten fünfzig Jahre.

Immerhin gibt es einen Hoffnungsschimmer. Die junge Generation Europas bekennt sich in großer Mehrheit zur EU– und sie hat auch in großer Mehrheit gegen den Brexit gestimmt. Sie bedauert nicht den oft herbeigeredeten Verlust an Identität und Homogenität, sie hat längst eine eigene europäische Identität und kann mit überkommenen Vorstellungen kultureller Homogenität wenig anfangen. In Großbritannien haben die Alten es geschafft, die junge Generation zu übertölpeln. Sie wollen ihr den längst toten Traum einer britischen Hegemonialmacht vererben. Die junge Generation wird sich bedanken. In den verbliebenen EU-Staaten darf sich gleiches nicht wiederholen. Europa ist demografisch bereits auf dem Weg ins Altersheim. Wenn es sich nicht beeilt, ein optimistisches und junges Narrativ für die europäische Einigung zu finden, wird es diesen Weg auch weltanschaulich antreten. Dazu darf es nicht kommen und es bleibt zu hoffen, dass europäische Entscheidungsträger nun die richtigen Schlüsse aus der Brexit-Entscheidung ziehen.